

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/210

31. Oktober 1972

Die "Fairneß" der Scheinheiligen

-----  
Elend der CDU darf kein "Elend der Nation"  
werden

Von Prof. Dr. Horst Ehmke  
Bundesminister im Bundeskanzleramt

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

"Die wollen Euch Euer Häusle wegnehmen!"

-----  
Anmerkungen zum Wahlauf Ruf der Haus- und  
Grundeigentümer

Von Edgar Hein  
Referent für Städtebau und Wohnungswesen der  
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 50 Zeilen

Erholung muß Recht für alle werden

-----  
Freizeit ist kein Privileg für die Oberschichten

Von Ernst-Wilhelm Stojan  
SPD-MdL von Schleswig-Holstein

Seite 5 bis 7 / 96 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
----- Eingliederung"

Die "Fairneß" der Scheinheiligen

Elend der CDU darf kein "Elend der Nation." werden

Von Prof. Dr. Horst Ehmke  
Bundesminister im Bundeskanzleramt

"...ich habe keine beleidigenden Töne in diesem Wahlkampf von mir gegeben", sagte Dr. Rainer Barzel in der Fernsehdiskussion am 18. Oktober 1972. Am 24. Oktober sagte er in Gelsenkirchen, einem AP-Bericht zufolge, jeder Bürger sollte schon im Wahlkampf wissen, daß er es in Zukunft mit einer neuen, fairen Regierung zu tun habe. Sollte Dr. Barzel seine Worte ernst meinen, dann kann der erste Satz nur eine indirekte Distanzierung von Strauß sein und der zweite Satz nur das Eingeständnis bedeuten, daß Dr. Barzel gar nicht mehr mit seinem Wahlsieg rechnet.

Denn für die ans Totalitäre grenzende Propaganda des CSU-Vorsitzenden gibt es fast täglich neue Beispiele. In einem Interview der neofaschistischen Kreise nahestehenden italienischen Wochenzeitung "Il Borghese" vom 22. Oktober sagte er u.a.:

- "Wenn Brandt in der Macht bestätigt sein wird, wird er seine Partei in eine Volksfront umwandeln!";

- "Wenn Brandt wieder an die Macht käme, würden wir keine freien Wahlen mehr haben"; und

- "Brandt hat absichtlich die Inflation gewollt, um so bequemer den Sozialismus einführen zu können".

In einer CDU-Wahlversammlung bezeichnete Strauß - nach einem Bericht der "Neuen Ruhr-Zeitung" vom 26. Oktober 1972 - den Friedensnobelpreisträger Willy Brandt als "Kanzler der Aufwiegelei" und prophezeite blasphemisch eine neue Bundesregierung mit Barzel als Kanzler "dank seiner von Gott und den

Wählern verliehenen Mehrheit".

Wer so spricht wie Strauß, ist nicht etwa ein "Buhmann der Nation", wie manche sorglose Kommentatoren meinen, sondern eine erschreckende Realität. Wen wundert es, daß dieser Mann auch in der CDU Furcht und Schrecken verbreitet und etwa Herrn Dr. Richard von Weizsäcker zu dem Stoßseufzer veranlaßt: "Wann steht endlich einmal jemand in der CSU auf und sagt dem Strauß, was er ist: kein Glücksfall für die Union" (Westdeutscher Rundfunk/13. Oktober) Arme CDU !

Dr. Barzel macht das anders als Strauß, er greift nicht direkt an, er bedient sich der suggestiven Demagogie. So etwa, wenn er behauptet, in der SPD hätten Neidgefühle und Klassenkampfgeist die Oberhand, und fortfährt: "Klassenkampf aber, das ist die Staatsreligion der DDR" ("Neue Ruhr-Zeitung" vom 26. Oktober 1972).

Wen wundert es noch, daß bei solcher Agitation rechtsradikale Kräfte von der CDU/CSU geradezu magnetisch angezogen werden, wie übrigens Herbert Wehner schon am 25. Februar 1972 im Deutschen Bundestag gesagt hatte ? Man lese die "Deutsche National-Zeitung" nach, wo in den letzten Wochen mehrfach zur Stimmabgabe für die CDU/CSU aufgerufen wurde. Oder man erinnere sich daran, daß der Spitzenkandidat einer NPD-Landesliste Alfred E. Manke, Gründungsmitglied der "Aktion Widerstand", alle "positiven und verantwortungsbewußten Kräfte" aufforderte, am 19. November die Erststimme dem CDU-Kandidaten und die Zweitstimme der NPD zu geben.

Aber der Herr Doktor Barzel läßt sich von alledem in seiner ach so "fairen" Wahlkampf nicht stören. Arme CDU !

Der Wähler muß am 19. November daher sorgen, daß aus dem Elend der CDU kein deutsches Elend wird.

(-/31.10.1972/ks/ex)

"Die wollen Euch Euer Häusle wegnehmen!"

Anmerkungen zum Wahlauf Ruf der Haus- und Grundeigentümer

Von Edgar Hein

Referent für Städtebau und Wohnungswesen  
der SPD-Bundestagsfraktion

Der Zentralverband der Haus- und Grundeigentümer o.V. und die Unions-Parteien haben ein Wahlbündnis geschlossen: Der Zentralverband verpflichtet sich, der CDU/CSU Stimmen seiner Mitglieder zuzuführen - die "C"-Parteien verpflichten sich zu künftigen Wohlverhalten.

Was sagen die sogenannten Sozialausschüsse zu diesem Bündnis? Sie werden sagen, diesen Pakt gäbe es nicht. Wie anders ist es aber dann zu verstehen, wenn der Zentralverband mit dem Aufruf in den Wahlkampf eingreift,

- die Wähler sollten ihre Zweitstimme nur einer Partei geben, die sich vorbehaltlos zum Privateigentum und zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung bekenne und dies auch in der Vergangenheit bewiesen habe;

- die SPD wolle jedoch das Privateigentum an Grund und Boden nach wie vor in öffentliches Eigentum überführen, und die Sozialdemokraten hätten auch kein Hehl daraus gemacht, daß sie eine sozialmarktwirtschaftliche Ordnung im Wohnungswesen ablehnten;

und wenn zahlreiche Untergliederungen des Zentralverbands die Siedler und Eigenheimer mit der Behauptung verunsichern, die SPD wolle ihnen ihr Häusle wegnehmen?

Hält die Verbandsspitze tatsächlich seine Mitglieder und darüber hinaus die zahlreichen nicht organisierten Grundstückseigentümer für so unkritisch? Glaubt man wirklich, durch eine solche parteipolitische Einseitigkeit die Interessen aller Mit-

glieder wahren zu können? Wie soll denn aus einer derart brüsk gewollten Konfrontation nach von SPD/FDP gewonnenen Wahlen eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der Interessenvertretung des Grundbesitzes und der Regierung möglich werden?

Diese Verbindung zwischen CDU/CSU und Zentralverband hat jedenfalls eine Gemeinsamkeit: Beide behaupten, eine Mehrheit zu vertreten. Beide nehmen jedoch in Wirklichkeit die Interessen ohnehin privilegierter Minderheiten wahr. Die Gruppe der Eigentümer und Siedler, um die die "Union" in diesem Wahlkampf wie nie zuvor buhlt, tut gut daran, sich genau zu informieren, wer ihre Freunde wirklich sind. Das Wahlprogramm der SPD gibt ausreichenden Aufschluß. Denn es zeichnet sich durch Sachlichkeit ohne Beschönigung aus, verweist auf stolze Erfolge und führt den eindeutigen Nachweis, daß die SPD in der VI. Legislaturperiode kein einziges eigentumsfeindliches Gesetz vorgelegt hat und daß sie dies auch in der VII. Legislaturperiode nicht vorhat.

Der Zentralverband bzw. seine Verbandsspitze handelt wider besseres Wissen, wenn von der Wohl der SPD abgeraten wird. Ob man wohl merkt, daß man zu weit gegangen ist? Auf eine Reaktion auf die Bitte der SPD-Bundestagsfraktion, die gegenüber der Presse gemachten Äußerungen mitzuteilen, wartet man nämlich im Bundeshaus bis heute vergebens! Der Zentralverband schweigt. Er redet - vom Standpunkt der Mehrzahl der Grundeigentümer aus gesehen: leider - nur mit der CDU/CSU und über die SPD. Wie gehabt!

(-/31.10.1972/bgy/ex)

+ + +

## Erholung muß Recht für alle werden

---

Freizeit ist kein Privileg für die Oberschichten

Von Ernst-Wilhelm Stojan

SPD-MdL von Schleswig-Holstein

Bundeskanzler Willy Brandt war kürzlich der CDU/CSU schweres Versagen in der Umweltpolitik und Hilflosigkeit in der Diskussion um die "Qualität des Lebens" vor und meinte, das Umwelt, Volksgesundheit und Stadterneuerung in der vor uns liegenden Zeit ähnliches Gewicht erlangen würden wie die Massenarbeitslosigkeit in den dreißiger Jahren. Vieles hätte schon vor mehr als zehn Jahren "geheilt" werden können.

Heute setzt ein Kampf dafür ein - und die SPD ringt darum -, daß die Welt des Wohnen und der Freizeit menschenwürdig und lebenswert bleibt. Aufgabe der Politiker, Wissen- und Wirtschaftler muß es sein, die Bedrohung der Umwelt abzubauen und dafür zu sorgen, daß die Struktur der Arbeitswelt nicht zur Isolierung des einzelnen Menschen führt, daß der moderne Wohnungsbau diese Tendenz wirksam unterstützt, und daß Freizeiteinrichtungen so geplant werden, daß Kommunikation ermöglicht wird. Dazu gehören bequem und schnell erreichbare Tages- und Naherholungsanlagen und in der Nähe der Wohngebiete die Freihaltung von Erholungs- und Spielflächen. Das wiederum setzt eine erholungsgerechte Umwelt voraus, die mit der Stadtplanung und dem Wohnungsbau eng verbunden ist. Das setzt aber auch voraus, daß der Fremdenverkehr als Wachstumsbranche nicht nur von seiner wirtschaftlichen, sondern auch von der gesellschaftspolitischen Bedeutung her gesehen wird.

Steigende Einkommen, wachsende Mobilitätsbereitschaft und zunehmende Freizeit werden zu einer erheblichen Ausweitung der Nachfrage und Erholungsmöglichkeiten führen. Stärker als früher

werden für die regionalen Präferenzen der Bevölkerung neben den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten die "Freizeitwerte" in den Vordergrund treten. Daneben nimmt die Tendenz zu, daß sich die Standortentscheidungen der Unternehmen stärker nach den Wohnpräferenzen richten, statt umgekehrt der Bau von Wohngebieten nach den Standortvorteilen der Unternehmen. In diesem Zusammenhang stellt die Befriedigung des wachsenden Erholungsbedarfs einen wesentlichen Aspekt der Wachstums- und Strukturpolitik dar.

Der Bedarf nach Tages- und Wochenenterholung (Kurzzeiterholung) wird im Vergleich zur Ferienerholung (Langzeiterholung) überproportional steigen. Um die Naherholungsmöglichkeiten zu erweitern, reicht es nicht aus, Wälder und Seen und ihre Ufer sowie Meeresstrände auszuweisen und zugänglich zu machen. Darüber hinaus müssen Einrichtungen geschaffen werden, die ein räumlich konzentriertes Angebot der vielfältigen Entspannungs- und Betätigungsmöglichkeiten erlauben, die heute und in Zukunft in noch höherem Ausmaß erwartet werden. Das setzt Konzeptionen und Modelle für Naherholungszentren und Freizeitparks voraus, die unter dem Aspekt einer vorbeugenden Gesundheitspolitik und der regionalen, auch grenzüberschreitenden Wirtschaftsförderung gesehen und entsprechend hoch eingeschätzt werden. So betrachtet, könnte eine Beteiligung des Bundes - neben betroffenen Gemeinden, Kreisen und Ländern - im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" erwartet werden; vorausgesetzt, es setzt sich die Erkenntnis durch, daß "regionale Wirtschaftsförderung" mehr ist als die Vergabe von Finanzhilfen an Unternehmen und die Erschließung von Industriegelände.

Mit der angesprochenen wachsenden Freizeit werden neue Urlaubsströme entstehen. Es werden veränderte Ansprüche und veränderte Verhaltensweisen entwickelt. Die Menschen wollen besonders in jenem Teil ihrer Zeit, in der sie frei über das, was sie tun und lassen, entscheiden können, auch die Chance haben, ihre persönlichen Möglichkeiten zu entfalten, um damit dem Ideal der Freiheit und Selbstbestimmung näherzukommen.

Die Gesellschaft muß die Chancengleichheit, besser Chancen-

gerechtigkeit in der Freizeit über die Interessen einzelner, wirtschaftlich Mächtiger stellen. Es gilt, unsere Bürger und auch die Gäste unseres Landes vor zügellosem Profitstreben und zerstörerischen Spekulationen zu schützen. Wer in unserem Lande und in unserer Landschaft der schrankenlosen Entfaltung der Interessen wenig Mächtiger nicht entgegentritt, der zerstört eben diese Chance für Gleichheit und Selbstbestimmung in der Freiheit unserer Menschen.

Wir wollen keinen Ausverkauf unserer Landschaft, und wir wollen keinen Ausverkauf all jener Dinge, die die Lebensqualität unserer Freizeitgesellschaft bestimmen.

Tatsache ist, daß sich viele Millionen Bürger noch keinen Erholungsurlaub leisten können. Aber Freizeit ist nicht mehr das Privileg einer Oberschicht. Aber die Erholungsmöglichkeiten in gesunder Luft und in besonders schöner Landschaft sind noch zu oft nur für wenig Privilegierte vorhanden. Freizeiteinrichtungen gehören jedoch zur sozialen Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Auf diese Politik müssen alle verantwortlichen Kräfte eingeschworen werden, wenn man Erholung für alle möglich machen will. Erholung muß ein Recht für alle werden. Fremdenverkehrs- und Gesundheitspolitik darf sich nicht an den Interessen der reichen Leute orientieren und sie darf nicht zur Vermögensverteilung an nur wenige Bevorzugte führen.

Eine solche Politik setzt voraus,

daß ein Angebot verwirklicht wird, das für jeden Bürger finanziell tragbar ist;

daß man durch Gesetze und ihre konsequente Handhabung den Ausverkauf der Landschaft verhindert; und

daß man die Bürger und Gäste unseres Landes vor egoistischen Profitstreben und zügelloser Spekulation schützt:

durch die Abschaffung der Bodenspekulationen,

durch Wegfall der Steuersubventionen und

eine harte Anwendung des Verursacherprinzips bei der Bewahrung und dem Schutz unserer Umwelt.

(-/31.10.1972/bgx/ks/ex)